

Paderborner reagieren auf den Tönnies-Skandal

Einige haben ihre Statements zum Coronavirus-Ausbruch in Rheda-Wiedenbrück an die Paderborner NW-Redaktion geschickt.

Mareike Grönweg

■ **Paderborn.** Der Tönnies-Skandal um den Coronavirus-Ausbruch sorgt auch in Paderborn für reichlich Diskussionsstoff und Kritik. Einige haben ihre Statements dazu an die Paderborner NW-Redaktion geschickt.

So schreibt das Linke Forum Paderborn: „Es kann kaum einen signifikanteren Ausdruck für die menschenverachtenden Arbeitsverhältnisse beim Schweineschlachtkonzern Tönnies geben als der Umstand, dass noch auf dem Höhepunkt der Corona-Masseninfektion Werkvertragsbeschäftigte zur Zerlegung getrieben werden.“

Die Werkvertragsarbeiter würden ausgebeutet werden, gleichzeitig betont das Linke Forum: „Es geht hier um Zustände direkt vor unserer Haustür.“ Der Umgang mit diesem Thema sei in den Medien und in der Politik nicht

umfassend dargestellt worden. Besonders die Perspektive der Betroffenen würde vernachlässigt werden. „Seit Herbst 2019 liegt eine Studie im Auftrag des NRW-Arbeitsministeriums vor, in der die menschenfeindlichen Arbeits- und Wohnverhältnisse in der Fleischindustrie dokumentiert werden. Bisher ist von Maßnahmen zur Veränderung nichts bekannt, bis durch und nach Corona das Maß der Ausbeutung nicht mehr zu kaschieren war. Wird jetzt endlich das Übel bei der Wurzel angepackt?“, fragt das Linke Forum abschließend.

Auch Wolfgang Weigel, Paderborner SPD-Landratskandidat, will öffentlich Stellung beziehen. Er hält die Debatte um die arbeitsrechtliche Stellung der Beschäftigten in der Fleischindustrie für längst überfällig. „Es ist gut, dass auf Bundesebene die Gesetzeslage zur Zulässigkeit von Werkverträgen in dieser Branche auf

den Prüfstand kommt“, so Weigel. Allerdings gehöre der Blick auf die industrialisierte landwirtschaftliche Produktion mit der Ernährungsphilosophie „Hauptsache billig“ ebenso in die politische Diskussion.

Er fordert daher als Pilotprojekt in Ostwestfalen-Lippe für den Kreis Paderborn die Einrichtung eines Ernährungs-

rates. Es solle sich dabei um eine Koordinierungsstelle handeln, bei der die Interessen der landwirtschaftlichen Produzenten in der Region, des Agrarhandels und auch der Verbraucher zusammengeführt werden.

Konrad Nagel-Strotmann, Diözesanvorsitzender der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB), bezeichnet den

Fall Tönnies als Musterbeispiel dafür, was passiert, wenn Verantwortliche vor Problemen den Kopf in den Sand stecken. Denn um die Umstände der Tönnies-Mitarbeiter habe jeder gewusst, der sich dafür interessiert habe. Behörden wussten laut Nagel-Strotmann Bescheid und hätten dennoch „nach meiner Kenntnis nicht reagiert, sondern auf ein Gesetzgebungsverfahren der Landesregierung gewartet.“

Tönnies sei nicht der einzige Fall, in dem Verantwortliche weggesehen hätten. Wenig Impuls zur Veränderung gebe es auch bei anderen Parallelgesellschaften, die sich genauso schnell zu Hotspots der Corona-Pandemie entwickeln könnten. „In unserem eigenen Land sind das zum Beispiel die Unterkünfte für Menschen, die sich um Asyl bewerben, wie etwa in den sogenannten Ankerzentren“, schreibt Nagel-Strotmann.



Der Corona-Ausbruch bei Tönnies sorgt bundesweit für Aufsehen.

FOTO: LUKAS BREKENKAMP